

„Rückkehr zum Puritanismus?“ Zur politischen Kultur in den USA am Ende der 90er Jahre

von Winfried Fluck

Die jüngsten Entwicklungen im politischen Prozeß der USA - nicht nur, aber vor allem im Zusammenhang mit dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Clinton - lassen alte Stereotypen und Befürchtungen wieder auferstehen: die von einer einflußreichen Weltmacht, die sich trotz ihres vielfach beschworenen aufklärerischen und demokratischen Selbstverständnisses von ihren puritanischen Wurzeln nie ganz gelöst hat und daher in kurzen oder längeren Intervallen immer wieder von heftigen Rückfällen in die Intoleranz erfaßt wird. So jedenfalls verstehe ich den spielerisch-provokativen Titel, der mir vorgegeben wurde für diesen Beitrag zur politischen Kultur in den USA am Ende der 90er Jahre. Damit ist ein wohl vertrautes Erklärungsmuster aufgerufen, auf das wir Europäer gern zurückgreifen, um uns doch noch einer gewissen Überlegenheit gegenüber jener Gesellschaft versichern zu können, der inzwischen eine ökonomische und politische Weltmachtrolle zugewachsen ist. Die Amerikaner mögen zwar ökonomisch und politisch dominieren, aber im Bereich der wahren Werte, denen der Kultur und Zivilisiertheit, fehlt es ihnen offensichtlich immer noch an der nötigen Reife. Das sieht man an typischen Beispielen der amerikanischen Massenkultur, wie etwa den adoleszenten Hollywood-Blockbustern, aber auch an einem Phänomen wie Zippergate, in der einem privaten Seitensprung eine ihm völlig unangemessene politische Bedeutung gegeben wird. Wenn man in diesen Tagen die *International Herald Tribune* liest, weiß man, welch offensichtliches Unbehagen diese spöttisch-kritische Sicht wiederum der amerikanischen Seite bereitet, die mit sichtlicher Irritation auf die amüsierte Überlegenheit verweist, die in europäischen

Kommentaren zum Ausdruck kommt. So beginnt beispielsweise ein Artikel in der Ausgabe vom 19.1.99 mit den Worten: „*There he stood, on the back page of the Munich-based Süddeutsche Zeitung, the American president dressed only in heart-adorned boxer shorts, clutching a glass of Champagne in his right hand and Monica Lewinsky in his left hand. The image (...) was given more prominent play than the article inside on Bill Clinton's impeachment trial in the U.S. Senate and appeared to sum up the amusement and bemusement of most Europeans before what they see as America's prolonged self-laceration.*“¹

Das hier zum Ausdruck kommende Unbehagen hat seinen guten Grund. Denn es ist ja keineswegs so, daß die amerikanische Gesellschaft gern puritanisch sein möchte. Im Gegenteil, der Begriff wurde insbesondere nach dem 1. Weltkrieg mit dem Anbruch der kulturellen Moderne in den USA gleichsam wiederentdeckt, nunmehr aber als Kampfbegriff in der kulturellen Auseinandersetzung zwischen einer international orientierten Avantgarde und dem, was sie als amerikanische Provinz ansah. Von dem deutschstämmigen Kulturkritiker H.L. Mencken, dessen spitze Feder in jener Zeit gefürchtet war, stammt die Formulierung, der Puritanismus sei durch die quälende Furcht gekennzeichnet, daß irgend jemand irgendwo glücklich sein könnte („*the haunting fear that someone somewhere might be happy*“). Solche und ähnliche Formulierungen haben dazu geführt, daß der Begriff Puritanismus zur weithin akzeptierten Kurzformel für Spießertum und, vor allem, Intoleranz geworden ist - wobei die Trefferquote, wie das bei polemischen Allzweckwaffen in der Regel der Fall ist, mit der Frequenz des Gebrauchs sinkt. So wurde beispielsweise vor nicht allzu langer Zeit in der *Welt* Amerika als das Land der Puritaner bezeichnet und in einem Bericht über den Tod Marilyn Monroes wurde sogar Robert Kennedy als „Erzpuritaner“ kritisiert.²

1 Roger Cohen: American Itself on Trial, *International Herald Tribune*, 19.01.1999.

2 Der historisch unzutreffende Bezug auf die Allgegenwart des puritanischen Denkens in der amerikanischen Gesellschaft ist nicht auf den Journalismus beschränkt.

Wenn selbst der irischstämmige Katholik Robert Kennedy als Puritaner bezeichnet werden kann, dann ist das Wort Puritanismus, das ja in historischer Bedeutung eine radikale protestantische Erneuerungsbewegung innerhalb der anglikanischen Kirche bezeichnet, völlig sinnentleert. Unrecht tut man dementsprechend mit Fragen nach einem möglichen Rückfall der amerikanischen Gesellschaft in den Puritanismus vor allem den Puritanern selbst, die sich ursprünglich als Nonkonformisten bezeichneten und den Spottnamen Puritanismus erst mit der Zeit als Ehrentitel akzeptierten. Dieser historische Puritanismus war eine historische und moralische Erneuerungsbewegung von gelehrter Rationalität, mit der sich in den kongregationalistischen Gemeinden erste Ansätze demokratischer Selbstverwaltung verbanden. Die intoleranten Momente dieser Bewegung in den USA - die Vertreibung der Quaker, der Antinomier, und vor allem die Salemer Hexenprozesse -, die dem amerikanischen Puritanismus den Ruf eines intoleranten Sektierertums eingebracht haben, bilden jedoch in ihrer Zeit keineswegs dramatische Sonderfälle; im Gegenteil, die Hexenverfolgung in Neuengland beispielsweise hatte nie die systematische institutionelle Basis wie in der katholischen Kirche Europas und stellt auch im Vergleich mit dem europäischen Protestantismus zahlenmäßig und zeitlich eher ein Randphänomen dar. Daß die Salemer Hexenprozesse später zum Symbol für den Puritanismus werden konnten, hängt mit ihrer Brauchbarkeit als Metapher für einen retrospektiv nicht mehr nachvollziehbaren, irrationalen Ausbruch von Massenhysterie zusammen - man denke beispielsweise an Arthur Millers Gebrauch des Ereignisses als Metapher für den McCarthyismus in seinem Theaterstück *Hexenjagd*.

Niemand würde jedoch wohl auf die Idee kommen, die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen als einen irrationalen Ausbruch von Massenhysterie zu bezeichnen. Dagegen spricht schon

Vgl. den Beitrag von Georg Kamphausen, Ideengeschichtliche Ursprünge und Einflüsse auf die politische Kultur der USA, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Länderbericht USA, Bd. 1, Bonn, 1992, in dem der Autor von einem „alle zeitliche Bindungen sprengenden puritanischen Glauben“ spricht. (S. 265)

allein die Tatsache, daß eine erstaunlich große Mehrheit von Amerikanern hinter Clinton steht und andererseits der Ankläger Kenneth Starr oder die Informantin Linda Tripp, die noch am besten ins puritanische Rollenszenario passen, extrem unpopulär sind.³ Daß sie nicht im Namen und Interesse der überwiegenden Anzahl von Amerikanern handelten, haben nicht nur die erstaunlich stabilen Umfrageergebnisse der letzten Monate gezeigt, sondern auch die letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die den Republikanern entgegen ihrem eigenen Kalkül einen vergleichsweise deftigen Rückschlag zufügten, so daß wir heute vor dem Paradoxon stehen, daß bisher nicht der Angeklagte Clinton zum Opfer der Untersuchungen geworden ist, sondern der republikanische Sprecher des Abgeordnetenhauses, Newt Gingrich, den viele als den eigentlichen Drahtzieher hinter den Ereignissen ansehen. Diese verblüffende Entwicklung - zur Erinnerung: nach der Veröffentlichung der Lewinsky-Protokolle forderten über 200 Zeitungen, darunter fast alle angesehenen, Clinton zum Rücktritt auf - ist das Ergebnis einer republikanischen Fehlspekulation, deren Gründe in der Tat bemerkenswert sind. Im Grunde hatten die Republikaner bei ihrer Strategie der Veröffentlichung von Clintons Schande eben auf das vertraut, was üblicherweise als amerikanischer Puritanismus bezeichnet wird. Doch zur Verblüffung fast aller Beobachter aus dem politischen, journalistischen und akademischen Bereich -

3 Vgl. beispielsweise Richard Cohens Kommentar nach den überraschenden Verlusten der Republikaner in den letzten Wahlen zum Repräsentantenhaus, die schließlich zur Amtsaufgabe nicht Clintons, sondern des Sprechers der republikanischen Mehrheit, Newt Gingrich, führten, der als „mastermind“ (oder, wenn man so will, als Chefideologe) der sog. republikanischen Revolution der 90er Jahre gilt: „*What is stunning is how utterly mature and fair the voters seem to be. They condemn both Mr. Clinton and his pursuers, but they have put Mr. Clinton's flaws into some perspective. (...) The fanaticism, the dogged pursuit of a president through areas we once thought safe from government intrusion, the ideological assumptions that encouraged a special prosecutor to go where he, quite simply, should not, have been subjected to a plebiscite. The winner is common sense and common decency. The loser - big! - is Ken Starr. Please, someone, let him know.*“ (Richard Cohen: *The Big Loser is Prosecutor Starr, and Someone Should Tell Him*, in: *International Herald Tribune*, 6.11.1998).

ich beziehe mich hier ausdrücklich ein - war das Urteil der überwiegenden Anzahl der Amerikaner sehr viel abgewogener und reifer und spiegelte den Wertewandel einer modernen Gesellschaft, in der man (und, überraschenderweise, ebenso und mehr noch, auch frau) geneigt ist, einen moralischen Fehltritt nicht als Schande, sondern als Teil einer Realität zu betrachten, mit der die meisten Menschen in ihrem Leben in der einen oder anderen Form konfrontiert werden und dementsprechend zurecht kommen müssen. Diese gleichsam lebensweltlich verankerte Wahrnehmung hat sich erstaunlicherweise auch gegenüber der juristischen Argumentation der Ankläger weit hin als immun erweisen. Daß ein Präsident nicht die Wahrheit sagt, wird nicht gutgeheißen, aber mit der Peinlichkeit und Perversität des Vorgangs entschuldigt. Der unmißverständliche Subtext ist: Die meisten von uns hätten nicht anders gehandelt. Auch das Urteil über die Frage eines möglichen Meineids steht unter diesem Vorzeichen. Er wird nicht als politischer Meineid gewertet, der eine Amtsenthebung rechtfertigen würde, sondern als ungeschickter Verdunkelungsversuch, der Anlaß zu Kopfschütteln und auch gehörigem Spott geben mag, aber letztlich doch als verständliches Verhalten in einer Situation angesehen wird, die als geschickt plazierte Falle des Anklägers eingestuft wird.⁴

Das ist eine insgesamt erstaunliche Reaktion, die nicht ins Bild eines Rückfalls in den Puritanismus passen will. Offensichtlich hatten die Ankläger aufgrund des Vergrößerungseffekts durch die Medien mit einem moralischen Entrüstungsturm gerechnet, der so nicht eingetreten ist. Das aber gibt unserem Titel doch wieder in gewisser Weise recht, jedenfalls, wenn wir nun den Schwerpunkt auf das Stich-

4 Siehe z.B. den Kommentar von Anthony Lewis: *Look How This Popular President Was Trapped*, der mit dem Satz beginnt: „*Should Linda Tripp, Lucianne Goldberg and Kenneth Starr decide who is to be president of the United States?*“ *International Herald Tribune*, 24./25.12.1998 oder den Artikel von Janna Malamud Smith: *Worse Than Adultery: Using If as a Weapon*, in: *International Herald Tribune*, 22.12.1998, der mit dem Satz endet: „*And using adultery or any aspect of consensual adult sexuality as a weapon in political battles is more abhorrent than the act itself.*“

wort politische Kultur setzen. Denn das Verhalten, um das es in diesem Fall geht, ist nicht so sehr und nicht primär das der amerikanischen Gesellschaft, sondern das der politischen Klasse und ihres Umgangs miteinander. In dieser Hinsicht kann sehr wohl gesagt werden, daß eine Dimension zunehmend wichtig und Teil politischer Strategien geworden ist, die man zwar aufgrund der von mir eingangs gemachten Bemerkungen zwar nicht als neuen Puritanismus bezeichnen sollte, die sich aber sehr wohl als neuerlicher Moralismus bezeichnen läßt. Innerhalb der republikanischen Partei wird heute selbst darauf verwiesen, daß die klassischen republikanischen Themen wie zum Beispiel Steuersenkungen oder Deregulierung in den beiden letzten Wahlkämpfen gegenüber den moralischen Vorwürfen gegenüber Clinton zurückgetreten sind. Die politischen Strategen der großen Parteien haben dabei auf ein Thema gesetzt, das nicht neu ist in politischen Auseinandersetzungen in den USA. Aber sie haben dieses Thema in den letzten Jahren in einer Weise radikalisiert und dominant gesetzt, daß man sehr wohl von einer neuen Qualität sprechen kann.

In einem Artikel in der New York Times hat der Kulturkritiker Alan Ehrenhalt auf Veränderungen in der politischen Kultur der USA hingewiesen, die mit dieser Radikalisierung verbunden sind: „*I think history will see the current impeachment affair as the climax of a six-year period marred by a troubling and deepening failure of the Republican Party to play within the established constitutional rules.*“⁵ Ehrenhalt verweist beispielsweise auf eine programmatische Erklärung des damaligen Sprechers der republikanischen Mehrheitsfraktion im Senat, Bob Dole, im Jahr 1992, daß die Republikaner eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Gesetzesvorlagen Clintons einnehmen würden und dazu auch nicht vor dem Instrument des Filibusters zurückweichen würden. Ihren Höhepunkt fand diese Politik einer radikalen Verweigerung bisher geltender Konventionen im politischen Umgang miteinander in der Weigerung im Jahr 1995,

5 Alan Ehrenhalt: There's Nothing Conservative About Flaunting the Rules, in: *International Herald Tribune*, 22.12.1998.

den vom Präsidenten vorgelegten Haushalt zu akzeptieren - eine Verweigerungshaltung, die dazu führte, daß die Regierung zeitweilig keine Gehälter mehr auszahlen konnte. Die radikale Instrumentalisierung politischer Verfahrensregeln durch die neue republikanische Mehrheit hat diese viele Sympathien gekostet; diesem Tatbestand wird unter anderem Clintons politisches Überleben zugeschrieben.⁶ Immer wieder wird heute auch in der Kommentierung des Impeachment-Verfahrens auf das „verbissen-parteiliche“ Verhalten der Ankläger verwiesen, die eine Verurteilung um jeden Preis zu suchen scheinen: „*In its editorial, Le Monde suggested that the U.S. Constitution may have been perverted by the partisan politics of the impeachment process.*“⁷ Ehrenhalt führt diese republikanische Radikalopposition darauf zurück, daß die Republikaner im Repräsentantenhaus und Senat so lange in der Minderheit waren, daß sie ihren Sinn für die Grenzen demokratischer Opposition verloren hatten: „*The unpleasant truth is that congressional Republicans, in the generation before 1994, spent too many years out of power - too many years on the sidelines, uninvolved in managing the governmental process and free to lob grenades at the institutions that made it work. Eventually, they became very effective at it: that is one reason they won the election of 1994.*“

- 6 Der neueste Beleg dieser neuen Bereitschaft, lange akzeptierte Formen des politischen Umgangs miteinander zu ignorieren, kann in der Reaktion der politischen Führung der Republikaner auf die jüngsten amerikanischen Raketen- und Bombenangriffe auf Irak gesehen werden. Bis dahin war es ungeschriebenes Gesetz der amerikanischen Politik, in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzung uneingeschränkt hinter dem Präsidenten zu stehen. Nun stellte der einflußreiche Sprecher der republikanischen Mehrheit im Senat, Trent Lott, die Motive Clintons offen in Frage: „*Senator Trent Lott, Republican of Mississippi, the majority leader, went so far as to publicly question Mr. Clinton's motives in ordering attacks on Iraq - a violation of Washington's long-standing political code. You don't criticize the president, that code says, when U.S. forces stand in harm's way.*“ R.W. Apple, Jr.: The Reservoir of Credibility Runs Dry, in: *International Herald Tribune*, 18.12.1998.
- 7 Zitiert nach Cohen: America Itself on Trial, a.a.O. (Anm. 3). Cohen faßt die dominante europäische Sicht folgendermaßen zusammen: „*But what many seem to see or sense is the tawdry intertwining of a presidential sexual dalliance, the relentlessness of a rightist prosecutor, and furiously partisan politics.*“ (ebd.)

Eine andere Erklärung erscheint mir jedoch plausibler. Auch sie hängt mit den gewonnenen Wahlen von 1994 zusammen, die einem Erdbeben gleichkamen und als Beginn einer republikanischen Revolution gesehen wurden. Diese Revolution war durch eine Politik und ein Verprechen möglich geworden, daß nicht primär ökonomischer und politischer Natur war, sondern kultureller. Was die Republikaner vor allem versprochen (und was ihnen ermöglichte, eine neue Koalition zwischen traditionellen konservativen Wählern und weißen Mittelklassen- und Unterschichtwählern des Südens zu schmieden), war ein durch die christliche Koalition inspirierter Kampf gegen die Kulturrevolution der 60er und 70er Jahre; treffenderweise sprach man in der Charakterisierung dieser neuen Koalition von einer selbsternannten „*Moral Majority*“, für die die Haltung zu Themen wie Abtreibung, Homosexualität, zum Beispiel bei der Zulassung von Homosexuellen zur Armee, oder *Affirmative Action*, also quotierte Zulassungen von Frauen und Minoritäten zu Universitäten oder staatlichen Behörden, als dominantes Beurteilungskriterium auch von Politikern absolute Priorität erhielt. Insofern haben wir hier in der Tat einen Fall vor uns, in dem der Wandel politischer Kultur unmittelbar auf einen Wandel kultureller Werte zurückgeführt werden kann. Wann immer man heute die Frage stellt, was die Quelle des beinahe schon selbstzerstörerischen Hasses Clintons durch die Republikaner ist, stößt man auf diesen Kulturkonflikt und Kulturkampf, der letztlich keine politischen Wurzeln hat, sondern in dem sich Wertkonservative an der Symbolfigur Clinton reiben: Clinton hat sich ihrer Meinung nach vor dem Wehrdienst und damit vor Vietnam gedrückt, er hat zugegeben, Marihuana geraucht, wenn auch nicht inhaliert zu haben, hat seiner Frau die Gesundheitsreform überlassen, ist für die Aufnahme von Homosexuellen in die Armee eingetreten, hat besonderen Rückhalt unter den Schwarzen (was bei den Unterschichten der Südstaaten nicht gut ankommt), ist *pro-choice* in der Abtreibungsfrage usw.⁸ In diese

⁸ Siehe beispielsweise die Artikel von David S. Broder und Richard Morin: *Legacy of '60s Plays Out in Divisions Over Clinton*, in: *International Herald Tribune*, 28.12.1998

Kette schienen dann auch die Whitewater-Affäre mit ihren Bestechungsvorwürfen und die Frauengeschichten von Clinton zu passen. Beide konnten zu Symbolen seiner moralischen Haltlosigkeit werden, die zudem gerichtsverwertbare Beweise zu erbringen schienen.

Der heute die politische Kultur der USA prägende Moralismus ist somit Teil eines umfassenderen Kulturkampfes. Er hat dazu geführt, daß die politische Kultur in den USA nicht mehr von den in der Vergangenheit oft gerühmten Tugenden des *common sense* und der Kompromißbereitschaft bestimmt ist, sondern auf überraschende und unerwartete Weise ideologisiert worden ist. In Fragen der Politik muß man sich arrangieren, in Fragen der Moral kann man dies nicht ohne weiteres, wenn man nicht sein Gesicht verlieren will. Diese Veränderungen haben das politische Klima vergiftet und eine neue politische Kultur aggressiver Animosität geschaffen: Der politische Rivale wird nicht mehr als Opposition gesehen, sondern als Gegner, zu dessen Bekämpfung im Grunde fast jedes Mittel recht ist.⁹ Dieses Verhalten aber hat unerwartete Konsequenzen. Der Wunsch, Clinton um jeden Preis zu Fall zu bringen, ließ die Republikaner offensichtlich vergessen, daß Korruption oder Ehebruch keine partei- oder generationspezifischen Vergehen sind, sondern daß sie in allen politischen Lagern auftreten können. Die neuen Kriterien der Beurteilung von Politikern und des Umgangs miteinander haben sich mit anderen Worten längst auf republikanische Politiker zurückgewandt. Die Revolution frißt ihre

und William Pfaff: *Clinton: A Casualty in America's Harsh Cultural War*, in: *International Herald Tribune*, 24./25.12.1998.

⁹ Diese Veränderung der politischen Kultur sollte im übrigen nicht nur der republikanischen Partei angelastet werden. Eine wichtige Stufe im Prozeß der Eskalation wurde durch die Anhörungen der Kandidaten Robert Bork und Clarence Thomas für den obersten Gerichtshof, den Supreme Court, von Vertretern der Demokraten gegeben. Im Grunde beginnt die heutige Situation mit der Auflösung des liberalen Konsensus der Nachkriegszeit. Historiker, die darauf verweisen, daß die amerikanische Geschichte immer wieder Phasen äußerster Animosität und Börsartigkeit im politischen Umgang miteinander aufweist, haben Recht. Die eigentliche Überraschung ist, daß man dies vor allem für ein Phänomen des 19. Jahrhunderts hielt und in der Gegenwart für überwunden glaubte.

Kinder. Es sind neue Möglichkeiten etabliert, von denen auch der politische Gegner Gebrauch macht. Der Anspruch einer moralischen Revolution hat die Bedingungen für alle verändert und eine neue politische Kultur geschaffen, in der es gegenwärtig wichtiger zu sein scheint, eine moralisch absolut saubere Weste zu haben als eine vernünftige Politik zu vertreten.

Die Frage nach einem möglichen Rückfall in den Puritanismus kann an vertraute Analysen amerikanischer Politik anschließen. In seinem Beitrag zur politischen Kultur der USA im *Länderbericht USA* der Bundeszentrale für politische Bildung spricht Georg Kamphausen beispielsweise zu Recht von einer Moralisierung der Politik als einem wiederkehrenden Merkmal der politischen Kultur der USA. Er führt sie auf eine „untrennbare Verbindung von religiösem und politischem Denken“ im amerikanischen System zurück, so daß „eine Geschichte der politischen Ideen ohne eine Kenntnis der Religionsgeschichte nicht möglich ist.“¹⁰ Eine derartige Sicht und Interpretation geht auf das traditionelle Erklärungsmuster einer Erklärung des Phänomens Amerika aus seinen puritanischen Anfängen zurück. Diesem Erklärungsmodell ist jedoch inzwischen von der neueren Sozialgeschichtsschreibung in den *American Studies* seine Plausibilität genommen worden. Für die Entstehung und Entwicklung der USA war nicht primär Neuengland der prägende Einfluß, sondern die sog. Middle States südlich davon, die anglikanisch, stark säkularisiert und in der Führungsschicht dem aufklärerischen Denken verhaftet waren.

Wenn aber nicht aus dem Puritanismus, woher kommt dann die immer wieder auftretende Moralisierung der amerikanischen Politik? Ich halte hier Tocquevilles Hinweis für hilfreich, daß die Demokratie paradoxerweise ein Selbstwertproblem für das Individuum schafft, weil ihm traditionelle Bestimmungen sozialer Identität genommen

¹⁰ Georg Kamphausen, Ideengeschichtliche Ursprünge und Einflüsse auf die politische Kultur der USA, a.a.O. (Anm. 2), S. 262.

werden und sich das Individuum daher in seinem Wert nunmehr selbst beweisen muß. In dieser Situation stellt Moralismus nicht nur eine der wenigen Quellen verbürgter gesellschaftlicher Anerkennung dar; er bietet auch eine besondere Sicherheit, denn er ist - darin besteht ja eben seine Attraktion und Brauchbarkeit - mit dem Anspruch eigener Überlegenheit verbunden.¹¹ Diese Attraktion muß sich erhöhen, wo der Staat an Autorität verloren hat und es einen wachsenden Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen gibt, weil Moralismus die Sicherheit einer klaren, „gerechteren“ Alternative zu geben vermag - und ihm daher im übrigen ein großes Mobilisierungspotential zukommt. Der gegenwärtig disproportional große Einfluß der *Christian Coalition* auf die amerikanische Politik, liefert dafür ein Beispiel. Moralisierung der Kultur ist mit anderen Worten nicht ein archaisches (= „puritanisches“) Residuum in einem modernen System, sondern kann paradoxerweise als eine der Folgekosten dieses Systems angesehen werden. Dabei spielen gewiß nationale Traditionen eine differenzierende Rolle, aber die Tendenz ist eine allgemeine: Je schwächer die Autorität des Staates, je unübersichtlicher die politische Argumentation und Auseinandersetzung, je größer der Vertrauensverlust und das damit verbundene Gefühl von Ungerechtigkeit, um so stärker die Tendenz zur Moralisierung als einer Gegenreaktion - um so größer auch die Versuchung der Politik und der Medien, Moral als Mittel des politischen Machtkampfes zu instrumentalisieren und politische Auseinandersetzungen auf diese Weise zu vereinfachen.¹²

¹¹ Daß Moralisierung eine wirksame, einflußreiche Form der kollektiven Sinnggebung darstellt, läßt sich beispielsweise an der amerikanischen Außenpolitik ablesen: Sie macht im amerikanischen System nur dann Sinn und findet Akzeptanz, wenn sie eine moralische Rechtfertigung hat.

¹² Die wachsende Unübersichtlichkeit der Politik ist ein Resultat der zunehmenden Entideologisierung der Politik und der damit verbundenen Verkomplizierung politischer Lösungsvorschläge und Lösungsmöglichkeiten. Aber auch die Medien spielen eine Rolle, weil fast zu jeder Meinung sofort eine Gegenmeinung erscheint. In den USA kommt verstärkend hinzu, daß der Wähler nicht in gleicher Weise an eine Partei gebunden war, wie das bis vor kurzem in Europa der Fall war.

Diese Versuchung muß sich dort noch einmal erhöhen, wo Fragen der politischen Position zunehmend durch solche der kulturellen Identität abgelöst werden. Auch das ist eine Reaktion auf die zunehmende Unübersichtlichkeit der Politik. Sie führt zu einer Entideologisierung, in der aufgrund eines unkontrollierbaren medialen Vergrößerungseffekts kontroverse Themen und Positionen möglichst vermieden werden müssen. Clinton beherrscht diese Taktik meisterhaft; er hat den Republikanern ihre politischen Themen und ökonomischen Rezepte gestohlen, hat seine Wahlkämpfe als der jüngere, dynamischere oder vernünftiger Kandidat der Mitte geführt. Dramatisch unterscheiden tut er sich eigentlich nur in seinen kulturellen Loyalitäten. Das aber aus zwei guten Gründen. Zum einen wird in einem entideologisierten politischen Feld die Person wichtig; diese aber kann sich eher im Saxophonspiel oder Joggen als Mensch profilieren als im abstrakten politischen Argument, dem von der anderen Seite sofort widersprochen wird. Zum anderen ist heute in demokratischen Gesellschaften des Westens für die Wähler angesichts der Komplexität und zunehmenden Unübersichtlichkeit politischer Zusammenhänge die Frage kultureller Identität zunehmend wichtiger geworden. Clinton hat daher eine konsequente Politik der Anerkennung politischer Differenz geführt. Damit aber hat er auch - eben das ist sein Dilemma - traditionellen weißen Wählergruppen wichtige Elemente ihrer eigenen Identität entzogen. Man kann auch sagen: Moralismus und kultureller Pluralismus (= Multikulturalismus) sind zwei Formen der Reaktion auf die zunehmende Unübersichtlichkeit der Politik, die sich wechselseitig hochschaukeln.

Die kulturelle Identitätspolitik löst das von Tocqueville herausgearbeitete Problem individueller Wertbildung durch Partikularismus und Separatismus. Identität wird hier aus dem Rückzug in eine (imaginäre) Gruppe gewonnen, die sich von anderen möglichst weitgehend und radikal unterscheidet, so daß sie nicht vereinnahmt werden kann und „nur einem selbst gehört“. Damit aber wird paradoxerweise das Tocqueville'sche Problem weiter verschärft, denn diese Entwicklung verstärkt einen allgemeinen Wertrelativismus: Aus Moral wird

sozusagen „life-style“. Der gegenwärtige moralische Fundamentalismus stellt eine Antwort auf dieses Problem dar, denn er versucht, wie er meint, „universelle“ Kriterien individueller Wertbildung mit klarer Hierarchie und Orientierungskraft nicht nur zu bewahren, sondern wiederum dominant zu setzen. Für diesen Fundamentalismus ist dann auch die Versuchung groß, die alten Regeln des politischen Umgangs nicht mehr zu akzeptieren, denn diese sind ja gerade dazu geschaffen worden, um Interessenkonflikte abzufedern und zu kanalisieren. Damit aber wäre wiederum dem Priorität gegeben, dessen Dominanz man im Gestus fundamentaler moralischer Erneuerung des korrupten politischen Systems überwinden will. Aus diesem Grund aber kann beispielsweise der gegenwärtige Konflikt um Clinton letztlich auch nicht argumentativ gelöst werden. Er kann nur durch Erschöpfung einer der Parteien zu einem Ende kommen.

Doch selbst in diesem Fall hat der neue Moralismus die politische Kultur der USA bereits entscheidend und wahrscheinlich auf irreversible Weise verändert. Denn er hat neue Waffen politischer Auseinandersetzung bereitgestellt, auf die in Zukunft wohl keine Partei verzichten kann, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten will.¹³ Die

13 Vgl. beispielsweise des „post-impeachment“-Artikel „Politicians Fear a New Wave of Relentless Digging Into Private Lives“: *„The aftershocks of the impeachment of President Bill Clinton are already being felt by politicians, who fear that America is entering an era in which their private lives will draw more intense scrutiny resulting in more embarrassing disclosures than ever before. (...) Already, there are examples of information that was once considered private potentially being injected into campaigns: Three possible Republican presidential candidates (...) have felt obliged to declare publicly that they have been faithful to their wives. (...) Several politicians said what they viewed as an intensified intrusion into their private lives has led them to think twice about running in the first place. (...) It has become standard fare for reporters, even from some major news organizations, to unapologetically quiz candidates about their sexual histories and possible use of drugs. (...) Candidates are already plotting how to contend with aggressive inquiries into their private lives. (...) ‘The political culture has changed and so has the news culture,’ said Representative David Obey, Democrat of Wisconsin. ‘What is now dominating is winning at all costs. There are almost no issues that are off limits. There seem to be no real constraints on people’s willingness to hurt somebody else.’ (...) In the*

gezielten Regelverletzungen, mit denen sich die politischen Kontrahenten mittlerweile bekämpfen, die Aufkündigung des (möglicherweise oberflächlichen) politischen Dekorums, die seit 1992 stattgefunden hat, ist allein schon deshalb nicht mehr rückgängig zu machen, weil es in der neuen 24-stündigen Medienlandschaft keine *gatekeeper*, keine journalistische Kontrolle der Informationsflut, mehr gibt; alles, auch Falschmeldungen, wird sofort publiziert.¹⁴ Das aber hätte Konsequenzen, die vielleicht beim nächsten Kolloquium von Herrn Hubel bereits deutlicher hervortreten: die der völligen Absicherung gegen jeden möglichen moralischen Vorwurf. Dieser, um es salopp auszudrücken, „Gore-Effekt“ aber könnte nur die Konsequenz

einer weiteren Entideologisierung haben und den Medien würde wiederum die Rolle zufallen, die damit verbundene Unzufriedenheit zu artikulieren. Man darf gespannt sein, auf welche Weise das geschehen kann, wenn der gegenwärtige Moralismus an Kraft und Einfluß verloren hat.

campaign for the elections held last November. Gary Mueller, a Democrat who was challenging Representative Jerry Weller, Republican of Illinois, signed an 'affidavit of integrity' in which he swore he had never had an extramarital affair, abused his wife, had any homosexual encounters, experimented with illegal drugs or been charged with a felony." (International Herald Tribune, 15.2.1999).

- 14 Das schlagendste Beispiel für diese Veränderungen ist durch den Unterschied im journalistischen Umgang mit den Frauengeschichten Kennedys und Clintons gegeben. Der Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß damals das *gatekeeper*-Prinzip noch intakt war. Heute können sich Presse und Fernsehen eine derartige Zurückhaltung im harten Konkurrenzkampf schlicht und einfach „nicht mehr leisten“. In einem Artikel zur Rolle des *Hustler*-Herausgebers Larry Flint in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wird der Direktor der Gruppe *Project for Excellence in Journalism*, Tom Rosenstiel, mit den Worten zitiert: „*In today's hyperactive media world (...) 'there are no gatekeepers anymore. These things are no longer vetted by the press. They're vetted by the public.'*“ (Howard Kurtz: *Behind Livingston's Fall: An Eccentric Pornographer*, in: *International Herald Tribune*, 21.12.1998). - Eine Untersuchung des *Committee of Concerned Journalists* verweist auf eine Folge dieser Entwicklung: „*From the first day of the Monica Lewinsky story, news organizations reported she was heard on secret tapes saying that Vernon Jordan, Jr., a close friend and adviser to President Clinton, had told her to lie. When the tape transcripts were released eight months later, it turned out that Ms. Lewinsky had made no such comment about Mr. Jordan. This is among the case studies in a report made public Tuesday by the Committee of Concerned Journalists, a group holding forums around the country on media standards, that casts some of the Lewinsky coverage in a harsh light. 'In some important cases, the press leaned on the suspicions of investigators that did not hold up and downplayed the denials of the accused,' the report says.*“ (Howard Kurtz: *Press Abuses Cited in Lewinsky Case*, in: *International Herald Tribune*, 23.10.1998).